



# Medienmitteilung

Datum 12.09.2016

---

## Nationales Spitzentreffen Fachkräfte Schweiz

**In Bern hat am 12. September 2016 ein nationales Spitzentreffen «Fachkräfte Schweiz» stattgefunden. Unter der Leitung von Bundespräsident Johann N. Schneider-Ammann tauschten sich Vertreter des Bundes, der Kantone und der Sozialpartner aus. Das Treffen war schwerpunktmässig dem Thema Vereinbarkeit von Beruf und Familie gewidmet.**

Nach einer Einführung des Bundespräsidenten wurde das vom SECO aktualisierte und weiterentwickelte Indikatorensystem zur Beurteilung der Fachkräftenachfrage vorgestellt. Das Indikatorensystem bietet einen Überblick über die Fachkräftesituation in rund 380 Berufen und schlägt eine Brücke zu den Arbeitskräftepotenzialen.

Anschliessend widmeten sich die Vertreter des Bundes, der interkantonalen Konferenzen (KdK, VDK, SODK, EDK) und der Sozialpartner (SAV, SGV, SGB, Travail.Suisse) mehrheitlich dem Schwerpunktthema, nämlich der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Die Kantone präsentierten unter anderem verschiedene konkrete Umsetzungsbeispiele. Der Präsident der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK), Jean-Michel Cina, betonte, die Kantone machten schon sehr viel zur Nutzung des inländischen Arbeitskräftepotenzials ([www.fachkraefte-schweiz.ch](http://www.fachkraefte-schweiz.ch)). Um Frauen und Männern die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu ermöglichen, haben die Kantone und Gemeinden das Angebot an Kinderbetreuungsplätzen in den letzten Jahren massiv ausgebaut. Dieser Ausbau habe gleichzeitig aber auch einen Mehrbedarf an Fachkräften in der Kinderbetreuung ausgelöst. Die Kantone wollen sich auch in Zukunft weiter für eine bedarfsgerechte, qualitativ gute und bezahlbare familienergänzende Kinderbetreuung einsetzen.

Bundesseitig verwies BSV-Direktor Jürg Brechbühl auf die vom Bundesrat Ende Juni 2016 verabschiedete Botschaft zur zusätzlichen Förderung der familienergänzenden Kinderbetreuung. Mit den vorgesehenen Finanzhilfen von insgesamt 100 Millionen Franken sollen jene Kantone und Gemeinden unterstützt werden, die ihre Subventionen für die familienergänzende Kinderbetreuung mit dem Ziel erhöhen, die Kosten für die Eltern zu senken. Marc Bugnon, stellvertretender Direktor der Eidgenössischen Steuerverwaltung, verwies auf die am 31. August vom Bundesrat in Auftrag gegebene Botschaft zur Beseitigung der „Heiratsstrafe“ bei der direkten Bundessteuer. Damit sollen auch negative finanzielle Erwerbsanreize abgebaut werden.

Silvie Durrer, Direktorin des Eidgenössischen Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann, wies weiter darauf hin, dass der Bund ab 2017 verstärkt Projekte mit Finanzhilfen nach dem Gleichstellungsgesetz unterstützt, die insbesondere die Vereinbarkeit von Beruf und Familie in Unternehmen fördern. Darüber hinaus unterstützt der Bund im Rahmen des Budgets der Fachkräfteinitiative neue Projekte, die einen Beitrag zur Erhöhung des inländischen Fachkräftepotenzials leisten. In Ergänzung zu diesen Bestrebungen legt das SECO aus Anlass des Spitzentreffens die Aktualisierung des KMU-Handbuchs Beruf und Familie vor, um den Unternehmen ein zeitgemässes Instrument zur Unterstützung ihrer familienfreundlichen Personalstrategien zur Verfügung zu stellen. EPA-Direktorin Barbara Schaefer wies darauf hin, dass die Bundesverwaltung auch als Arbeitgeberin in der Pflicht steht und mit gutem Beispiel beim Thema Vereinbarkeit voraus geht.

## **Sozialpartner**

Für den Schweizerischen Arbeitgeberverband SAV ist die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ein wichtiger Schlüssel zur noch besseren Ausschöpfung des inländischen Arbeitskräftepotenzials. SAV-Präsident Valentin Vogt forderte die Politik auf, das Angebot der familienergänzenden Kinderbetreuung sowie die steuerliche Abzugsfähigkeit von Kinderdrittbetreuungskosten zu verbessern. Aus Sicht des Schweizerischen Gewerbeverbandes sgV braucht die KMU-Wirtschaft keine neuen Konzepte zur verstärkten Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Vielmehr gehe es um die Konsolidierung der heutigen Situation.

Demgegenüber verlangt Travail.Suisse vermehrt Anstrengungen im Bereich der Vereinbarkeit: Nämlich mehr Geld (z.B. eine Betreuungszulage für pflegende Angehörige), mehr Infrastruktur (z.B. mit einem Rahmengesetz für die Betreuungsinfrastruktur als Aufgabe des Service public) und mehr Zeit (z.B. bezahlter und flexibler Vaterschaftsurlaub).

Für den Schweizerischen Gewerkschaftsbund SGB kommt der Vereinbarkeit von Beruf und Familie zur Behebung des Fachkräftemangels eine zentrale Rolle zu. Dabei bestünden weiterhin grosse Herausforderungen. Die bisher beschlossenen und umgesetzten Massnahmen gehen für den SGB zwar in die richtige Richtung, aber es bleibe noch viel zu tun, damit die angestrebten Ziele auch wirklich erreicht würden. Insbesondere brauche es Investitionen in familienergänzende Betreuungsstrukturen und verbesserte Arbeitsbedingungen, um qualifizierte Arbeitskräfte zu finden und im Beruf zu halten. Steuersenkungen für Gutverdiener unter dem irreführenden Begriff der „Heiratsstrafe“ seien kontraproduktiv.

### **Für Rückfragen:**

Irène Harnischberg, Mediensprecherin WBF  
058 462 20 34

### **Verantwortliches Departement:**

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF